

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Preis pro Nummer 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Postgebühren. Verlag und Druck: Arbeiter-Gemeinschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H., Halle, Verdenfelderstr. 14.

Herausgeber: Dito Kilian

Anzeigenpreis: 8 Gehlspennen i. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 33 Gehlspennen i. Zeile in 10 Zeilen. Manuskripte zu richten nach Halle, Verdenfelderstr. 14. Tel. 1046, 1047, 2251. Telegramm-Adr.: Klassenkampf; Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privatbank, Halle. Postfach: Leipzig 106849 Fritz Rich, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, den 11. Juni 1925

5. Jahrgang * Nr. 120

Brot und Fleisch werden noch teurer!

Der Kampf gegen die Hindenburg-Front — ein Kampf um die proletarische Existenz

Halle, 11. Juni.

Fast zwei Monate ist der „Reiter“ Hindenburg am Werk, um jene „besseren Zeiten“ durchzuführen, deretwegen Millionen von Kleinbürgern und Millionen von irreführten Proletariatskern dem im Weltkrieg befestigten Generalfeldmarschall ihre Stimme gegeben haben.

Worin die Rettung besteht, läßt sich heute bereits ganz klar überblicken.

Abgesehen von den parlamentarischen Aktionen zum Abbau der Weimarer Verfassung und Abschneidung des Wahlrechts, zur Wiedereinführung der monarchistischen Feiertage und der schwarzweißroten Fahne, abgesehen ferner von dem Versuch, den deutschen Militarismus wieder aufzubauen — erst vorgestern nahm der Reichstag in zweiter Lesung des Marine-Etats eine Vorlage an, die 134 Millionen Mark für den Bau von Kriegsschiffen vorsetzt — abgesehen also von allen diesen Aktionen, die die legale Wiedereinführung des Monarchismus zum Ziel haben, besteht der

Kernpunkt der Hindenburg-Politik in den Zollvorlagen der Luther-Regierung

die sowohl als Zölle auf alle Lebensmittel den Großagariern als auch als Zölle auf Eisenwaren den Großindustriellen zugute kommen sollen.

Die Reichsregierung hat alle diese Zollvorlagen in der Pflanzpause des Reichstages vorbereitet, worauf sie jetzt im Reichstag ihre Erledigung finden sollen.

Noch laufen diese Vorlagen über die Parlamentswege, und schon bedeuten sie

für das gesamte werktätige Volk eine katastrophale Verschlechterung der Lebenshaltung.

Vergleicht man die Fleischpreise mit denjenigen vom Anfang des Monats Mai, so zeigt sich bereits, daß sogar die hohen Fleischpreise aus dieser Zeit um 15 Prozent überschritten sind. Woran liegt das? Die Großagariern und Großhändler halten heute schon systematisch das Schlachtvieh zurück, nach bekanntem Muster, in dem Bewußtsein, daß die kommenden Zölle ihnen einen viel höheren Preis für ihre Ware in den Schoß werfen werden, als es noch augenblicklich der Fall ist.

Es ist die typische Wucheraktion der „patriotischen“ Schieber und Preistreiber, die natürlich durchweg Hindenburg-Wähler sind. Die Großagariern und die diesen in die Hand arbeitenden Großhändler laufen bei der Zurückhaltung des Schlachtviehs für die großen Städte keine Gefahr irgendwelcher finanziellen Verluste, denn die andauernd günstige Witterung im Mai hat ihnen Futtermittel in überaus reichlichem Maße und in selten erreichter Qualität gebracht. Sie können ausbalden! Was kümmern sie sich darum, daß ihre Schiebermethoden erweisen, daß die Arbeiterfamilien bei ihrem oft nur zwanzig Mark betragenden Wochenlohn durch das Anziehen der Preise nun

überhaupt nicht mehr sich ein Stückchen Fleisch leisten können.

Dieselbe Situation ist auf dem Getreidemarkt vorhanden. Jeder weiß, wie bereits heute das sogenannte Normalbrot so schwindend gering ausfällt, daß es Schlachtbedingungs nicht mehr feiner gebacken werden kann. Und noch werden auch hier die kommenden Zölle ihre Schatten voraus. Auch die Junter rechnen mit einem starken Anziehen der Preise. Sie richten ihre ganze Spekulation auf die Liebesgaben, die ihnen die Zölle der Luther-Regierung bringen werden und fragen den Teufel darum, ob

die systematische Verteuerung des Brotes den langsamen Hungertod für Tausende schwerer Proleten bedeutet.

Aber kann sich der Haushalt eines Arbeiters nicht einen Cent sparen für das teurer werdende Brot und Fleisch durch den größeren Konsum von billigeren Gemüsegütern? Gerade jetzt beginnt die Hochsaison für alle möglichen Arten von nahrhaftem Gemüse! Gerade dieses Frühjahr war von einer selten beschriebenen Heißspizigkeit und Fruchtbarkeit für alle Arten von Gemüse! Jede Arbeiterfrau, die mit ihrer Markttasche täglich zum Händler wandert, und nicht weiß, wie sie für ihre paar

Pfennige etwas wirklich Nahrhaftes für Mann und Kinder zusammenkaufen soll, kann hier die richtige Antwort geben.

Auch das Gemüse ist trotz der guten Ernte so teuer wie noch niemals.

Trotz der ansehnlichen Frachtposten liegen zum Beispiel die Preise für Auslandsgemüse oft unter den deutschen Preisen. Das Gemüse kann also in keiner Weise als billigerer Ersatz für Fleisch oder für Brot in Betracht kommen.

Man muß immer wieder im Auge behalten, daß diese Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel — auch die Kartoffeln werden durch die Zölle bestimmt teurer werden — schon zu vergehen ist, bevor noch die Zölle von den hitzgerichtet-reaktionären Parteien des Reichstages angenommen sind. Man kann in den Markthallen und auf den Märkten sehr oft von den Händlern, wenn man sich bei ihnen über die teuren Preise befragt, die Antwort hören:

Seien Sie froh, daß die Sachen noch so billig sind. Wenn erst die Zölle kommen, dann erst werden Sie wissen, was wirklich teure Preise sind.

Wir Kommunisten sind die einzigen gewesen, die die Entwürdigung, die den kommenden kapitalistisch-monarchistischen Angriff auf die Lebenshaltung des werktätigen Volkes vorausgesehen haben. Wir haben immer wieder gegenüber den Massen, die sich von den schwarzweißroten Phrasen der Schieber und Wucherpatronen betören ließen und Hindenburg gewählt haben, darauf hingewiesen, daß diese deutschnationale Hindenburg-Front die Kleinbürger und Proletariat nur, wie im Weltkrieges als Kanonenfutter, so heute als Schlachtvieh benutzte, um selbst hochzutommen und sich dann auf Kosten des gesamten deutschen Volkes Liebesgaben zu bewilligen, nach dem bekannten Sprichwort: Wer das Kreuz hat, legnet sich auch!

Wir haben auch immer wieder und immer wieder den Ausweg gezeigt, der die werktätigen Massen aus dieser Gefahrenzone herausführt kann. Keine schwarzgoldene Volksabstufung ist dazu in der Lage. Die großagariischen Elemente des Zentrums, die schwerindustriellen Herren dieser Pfaffenpartei und die jüdischen

Partners der Demokratischen Partei denken nicht nur nicht daran, den Auswegungsversuch gegen das Proletariat zu bekämpfen, sondern sie sind ja im Gegenteil mit der Stütze dieser Vereinerung auf Kosten der ärmsten der Armen. Der Volksblock ist ja bereits in seine einzelnen Teile zerfallen, als es galt, der monarchistischen Luther-Regierung, die die Hungerzollvorlagen eingebracht hat, das Mißtrauen auszusprechen. Da haben sich die Zentrumsteile im großen Teil direkt für Luther entschieden, während die Demokraten sich der Stimme enthalten haben. Schließlich hat ja auch die SPD-Fraktion des Reichstages dem Doktor Luther das Weiterereignen ermöglicht dadurch, daß sie die Abstimmung beim deutsch-spanischen Handelsvertrag geschwänzt hat.

Von diesem Volksblock also, der längst nicht mehr besteht, sondern gerade gut genug war, um Millionen SPD-Stimmen an den Zentrumsparteiern zu verschandern, ist nichts zu erwarten an wirklichen Kampfmaßnahmen gegen die Hindenburg-Front.

Der Ausweg aus dem drohenden Elend führt nur über die Bildung einer kampfbereiten roten Klassenfront, die die proletarischen Schichten des werktätigen Volkes bis hinein in das Kleinbürgertum umfaßt. Die kommunistische Partei ist ehrlich bemüht, diese Klassenfront, die im Interesse des gesamten Proletariats liegt, aufzubauen. Der Beweis dafür ist erbracht in dem letzten Parteitag der SPD, und des WGB, und in dem konkreteren Aktionsprogramm, das der Landesorganisation der SPD, von den Kommunisten vorgelegt wurde. Es ist wiederholt schon von uns gesagt worden, wie die sozialdemokratischen Führer diese kommunistischen Angebote abgelehnt, aber gleichzeitig in Verhandlungen mit den deutschnationalen getreten sind. Solange die sozialdemokratischen Arbeiter nicht unterlassen, solange sie sich von dieser Politik ihrer Führer nicht abenden, solange freilich werden ihnen auch die ehrlichsten Bemühungen der Kommunisten, einen entscheidenden Schlag gegen die Hindenburg-Front zu führen, nichts nützen.

Es gibt im Hinblick auf die bevorstehenden Zölle keine anderen Wege als:

Entweder den Hungergeiern noch enger zu spannen oder sich einzureihen in die rote Front, die die SPD, anführt und die allein in der Lage ist, die proletarische Existenz zu retten.

Siegreicher Vormarsch Abd el Kerims

Kommunistenverhaftungen — Die Kriegsschuld der Sozialdemokraten

Berlin, 11. Juni.

Nach Blättermeldungen ist es Abd el Kerim gelungen, in die französische Front einzubrechen und wichtige Frontteile aufzurollen. Die Rückzugsbewegung der französischen Truppen dauert an. Andererseits strömen immer neue Stämme dem Heere Abd el Kerims zu, so daß seine Offensive täglich an Durchschlagskraft zunimmt.

Paris. Abd el Kerim treibt seine Offensive energisch voran. Seine Truppen sind im Vorderen auf Mesan begriffen. In Alger und Tunis wurden eingedrungene Kommunisten verhaftet; sie werden vor Gericht gestellt wegen antimilitärischer Propaganda unter den französischen Truppen. Paris ist beunruhigt, sobald er von Toulouse, wo er gegenwärtig weil, zurückgeführt ist, in der Sommer auf eine weitere Interpellation des Senats Doriot zu antworten.

Die französischen Sozialdemokraten der Kriegsschulde überführt

(Eig. Drahtim.) Paris, 11. Juni.

Genosse Doriot hat in der Kammer einen Brief vorgelesen, der aus dem Bureau des Marschalls Duvaux an einen seiner Verwandten nach Paris gegangen ist. Die „Humanität“ gibt diesen Brief fast wörtlich wieder. Er stammt vom 28. Mai und enthält u. a. eine Stelle, wonach der sozialdemokratische Liebling Perrot und die sozialdemokratischen Führer Blum und Paul Boncour mit dem Plan einer französischen Offensive gegen die Marokkaner seit längerer Zeit informiert und mit ihm vollkommen einverstanden waren. Das Innenministerium kündigt herablassende Unterredung darüber an, wie die KPD diesen angeblich nicht an den Adressaten gelangten Brief erhalten hat. Das ist die beste militärische Bestätigung für die Echtheit des Briefes. Von einem Dementi hört man nichts.

„Ein freies Marokko — ein autonomes Afrika“

Ein Kriegsreporter des Pariser „Deuxieme“ Jacques Coustant, hat es fertiggebracht, von der spanischen Linie her zur Armee Abd el Kerims zu kommen und berichtet über seine Eindringe und über eine Unterredung mit einem der prominenten Generalsaboffiziere der 31. Armee u. a.: „Einige der Krieger sind halbnaht. Sie fragen die Generäle an einem Abend über der Schulter, haben aber sonst nicht viel Militärisches an sich. Dies sind die Hilfstruppen aus den freien Stämmen. Andere haben spanische Uniformen an, noch andere, und zwar die meisten, sind ausgegliedert bewaffnet

und nach europäischem Muster geübt. Wir wurden sofort nach einem großen Zeit aus grünem und schwarzem Stoff geführt, auf dessen Fahnenstange ein Kopfband wehte. Hier begrüßte uns ein Generalsaboffizier, der ganz gut französisch sprach. Der Mann ist ein Vertreter der reinen Kaste. Er sieht uns militärisch an, läßt uns durch eine Handbewegung ein, an den rasierten herbeigehaltenen Tischen Platz zu nehmen und geht sofort auf den Zweck meines Besuchs ein. „Ich weiß sehr gern, daß Sie den Wunsch haben, Abd el Kerim zu interviewen“, sagte er lächelnd. „Diese Hoffnung müssen Sie begraben. Sie werden den Führer nicht sehen. Er ist an der Front und leidet selbst die Truppenbewegungen. Unsere Armee ist vollkommen modern ausgerüstet und besitzt die neuen Kriegserfindungen, für die Europa das Monopol so lange glaubte. Es hat uns Mäße getroffen, unsere Leute an diese modernen Waffen zu gewöhnen, aber es ist uns gelungen. Wir verlieren jetzt uns der Ausrüstung zu bedienen, die bisher unüblich geblieben ist. Unsere Soldaten haben Vertrauen zu dem großen Führer, den Allah ihnen geschenkt hat. Sie sind froh darauf, ihre Leben für die Befreiung

hingeben zu dürfen. Sie wollen die europäische (imperialistische, die Red.) Beherrschung Marokkos nicht länger dulden. Auch Marokko hat sich freigegeben. Die ganze Welt steht sich nach Freiheit. Noch drei Jahre vergehen, wird Afrika autonom sein.

Die Franzosen sind tapfere Gegner, aber sie können unserer Propaganda nicht widerstehen, die weit in ihre Reihen vordringt und uns täglich neue Stämme zuführt. Wir werden liegen, weil wir unser Ziel im Wege haben und ausstehen, bis wir es erreichen.“

Das Rheinland-Durymark-Gebiet

Chamberlains Antwort an Briand

Am 8. Juni überreichte Chamberlain die englische Note an Briand, die die Antwort auf die französische Note vom vorigen Freitag ist und die sich mit dem Einverständnis zwischen England und Frankreich bezieht, wie das deutsche Sicherheitsangebot zu erweitern ist. Die englisch-französische Einigung besteht in folgenden:

1. England, Frankreich, Belgien und Deutschland schließen einen Sicherheitspakt, durch den die Rhein(-)Grenze garantiert wird. Was die Schweizer Grenzlinie betrifft, bleibt England den Bestimmungen des Versailler Vertrages treu.
2. Die Garantie erstreckt sich nicht auf die Grenzen Polens und der Türkei; diese Grenzen haben „unter dem Schutze“ des Völkerbundes.
3. England läßt Frankreich „alle Freiheiten“ von Truppen von Asien, soweit diese dem „Sichere und Stützpunkt“ des Völkerbundes entsprechen.
4. Wenn Bundesgenossen Frankreich angegriffen werden, so hat Frankreich das Recht, sich der „unmittelbarsten Zone“ als Operationsgebiet zu bedienen.
5. Deutschland wird „zum Völkerbund zugelassen“, sobald der Sicherheitspakt entsprechend dem deutsch-französischen Abkommen perfekt ist.

1. Punkt 1 ist mit Mühe unklar und vieldeutig. England läßt die Rheinregion, das heißt, das Frankreich und England das linksrheinische Gebiet für immer beibehalten werden; andererseits ist der Hinweis auf den Versailler Vertrag eine Hinterlist. England, um Frankreich Schwierigkeiten zu machen. Alles andere ist ziemlich eindeutig: das Rheinland wird zum imperialistischen Völkerbund. Frankreich kann jederzeit ins Ruhr-Rhein-Gebiet einmarschieren und auch ganz Deutschland besetzen; ein Angriff auf Polen ist im Völkerbund nicht zu kontrollieren. Schlimmer: Deutschland tritt in den Völkerbund ein, um mit ihm zusammen tritt sich Frankreich in die Völkerbundfront, d. h. in die Front gegen Rußland ein.

Chamberlains Antwort und die französisch-englische Einigung zeigen erneut den Fortschritt der sozialdemokratisch-hindenburgischen Weltanschauung: die deutsche Bourgeoisie bleibt unentschiedel und darf die Rolle des Kettenhundes spielen. Die imperialistischen Mächte und ihre imperialistischen Kettenhunde aber wollen zusammen in Rußland einmarschieren und mit den russischen Arbeitern und Bauern zugleich die Proletarier aller Länder und die Kolonialvölker niederschlagen.

Das ist der berühmte „Sicherheitspakt“, vom dem Reichs- und Hindenburg in gleicher Weise entsetzt sind und gegen den die deutsche Arbeiterklasse kämpfen will gegen ihre Vernichtung, die er bedeutet.

Rückfragen für den Krieg gegen Sowjet-Rußland

Die Sozialdemokraten für Geßler

Am Dienstag wurde im Reichstag der Marine-Etat besprochen. Für die kommunistische Partei sprach Genosse Kreuzberg, der wiederum die heuchlerische Rolle der Sozialdemokratie darlegte. Die Sozialdemokraten haben im Reichstag den kommunistischen Antrag auf Wählung des Reichsausschusses für Krieg und Landesverteidigung, während sie im Ausschuss den kommunistischen Antrag nicht annehmen und ihn der Stimme entziehen.

Während Genosse die Reichsarmee dienen soll, das hat am besten der Chef der Reichsarmee, Admiral Genter, im Hauptauschuss selbst enthüllt. Er führte aus, daß für Deutschland in allererster Linie in der Dniepr-Region die Konflikte zu erwarten seien, auf die Deutschland sich vorbereiten müßte. Das heißt, daß die Reichsarmee, im Falle des Konflikts mit dem Völkerbund, auf den Streifen, in dem Dniepr mit England gegen Sowjet-Rußland einmarschieren. Die Kommunisten werden selbstverständlich den Marine-Etat ablehnen, und die Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, den bewaffneten Krieg mit allen Mitteln zu verhindern, sich mit den Soldaten der Reichsarmee und Marine zu verbinden und die Waffen, die gegen die Arbeiterklasse gerichtet werden sollen, gegen die imperialistische Gesellschaft zu wenden.

Die öffentliche Opposition der Sozialdemokraten gegen den Reichsausschuss Geßler ist nicht verständlich. Wenn die SPD, die Scheitlung Geßlers wirklich wollte, so hätte sie schon bei der Abstimmung über den deutsch-spanischen Handelsvertrag mit den Kommunisten für die Scheitlung der Reichsausschuss Geßler stimmen können. Aber in Wirklichkeit wollen die Sozialdemokraten ja in Preußen wie in Reich mit den Deutschnationalen zusammen die „große Volksgemeinschaft“ bilden. Die Kommunisten brauchen einen Widerstand gegen den Reichsausschuss Geßler ein, der von allen Parteien, auch von den Sozialdemokraten, abgelehnt wurde. Der Verlegenheitsantrag der SPD, auf Gehaltssteigerung für Geßler wurde gegen die Stimmen der SPD, und SPD, abgelehnt.

Dann wurde die Einführung von Militärgesetzen und des Militärstrafrechts behandelt. Genosse Bierath sprach gegen diese Vorlagen, welche die Soldaten ertüchtigen, Gerichte vorzuführen und Disziplinarverfahren gegen Offiziere doch nicht in Anwendung bringen.

Die Monarchie auf dem Vormarsch

Der 18. Januar Nationalfeiertag — Zurück zu Titeln und Orden

Der Reichstagsausschuss schloß einen deutsch-nationalen Antrag, der auf Abänderung der Reichsfarben in Schwarz-Weißrot abzielte, mit 14 gegen 12 Stimmen ab. Dagegen wurde der deutsch-nationale Antrag, den 18. Januar (Proklamations des Deutschen Kaiserreichs im Verlaufe 1871) als Nationalfeiertag zu erklären, mehrheitlich angenommen. Ebenso wurde auf deutsch-nationalen Antrag hin beschlossen, dem Reichstag die Aufhebung des monarchisch-republikanischen Verhältnisses mit der Kommunistenverfolgungen nicht hindern, soll aber den monarchisch-republikanischen Straflosigkeit bei ihren zukünftigen Parteiverfahren sichern.

Auch soll der Reichspräsident wieder das Recht haben, die Titel und Orden wie zu Wilhelm's Zeiten zu vergeben.

Dem Reichstag soll ein Kommando vorgeschlagen werden, das im allgemeinen Bestimmungen trifft über das Tragen der alten kaiserlichen Uniformen. Der Reichspräsident soll das besondere Bestehen erlassen.

Der Arbeitsplan des Reichstages

(U.) Berlin, 10. Juni.
Der Arbeitstag des Reichstages schloß heute den Arbeitsplan des Plenums für die Zeit vom 12. Juni bis 18. Juli auf. In dieser Zeit sollen erledigt werden: Die Haushalts-, die Steuer-, die Aufwands-, die Zoll-, die Zölle- und die Rechte von sozialpolitischen Vorlagen (Unfallversicherung, Reichsorganisationsgesetz, Warenzölle und Angelegenheiten der Arbeiter). Bis zum 18. Juli sollen auch die großen außerpolitischen Ausfragen stattfinden. Am 30. Juni und 1. Juli soll eine Pause eintreten. Die großen Sommerferien sollen am 18. Juli beginnen.

Die SPD. Schweigt über die Amnezie!

Die Grundbesetzung der politischen Gefangenen hat die Reichsregierung der SPD öffentlich aufgedeckt, für die Freilassung der politischen Gefangenen einzutreten.

Die SPD. hat den Opfern der Klassenjustiz keine Antwort gegeben!

Die SPD. will also, daß die deutsche Justizschande weiter bestehen bleibt!

Proletarier, gebt ihr die Antwort!

Kämpft für die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen!

Wo giebt es Amnezie?

Nur in Sowjet-Rußland

Moskau. Der Präsident des Ukrainischen Zentralratgeheimen Komitees, verurteilte die Auslieferung der Verhafteten des Todesurteils gegen die Arbeiter Beutin, Ivanoff und Kresci Komsta.

Das diegeschichtliche Sowjet-Rußland kann es sich leisten, keine aus politischen Gründen zum Tode Verurteilten (kriminelle Todesurteile gibt es dort überhaupt nicht) zu amnestieren. Ist es der Staat mit den Arbeitern und Bauern verurteilt.

In Bulgarien werden Hunderte und Tausende von Arbeitern und Bauern zu Tode verurteilt, hingerichtet oder menschlins von den Staatsbehörden hingerichtet. In Frankreich häufen sich die Verhaftungen von Kommunisten, an ihnen rächt man sich für die schlagelagerten Kämpfer gegen die Waffabriken in Marokko.

In Deutschland liegen Tausende von proletarischen Kämpfern hinter Gittern. Wann endlich wird für sie die Amnezie kommen?

Auch in Rumänien Terrorverfolgung gegen Kommunisten

(Eig. Drahtf.) Wien, 11. Juni.

Im Bukarester Massenprozeß gegen die KPRum. wurden der Hauptangeklagte Sabane zu fünf Jahren schweren Kerkers, Dobane und Marau zu je drei Jahren verurteilt. Eine Anzahl anderer Angeklagter erhielten Gefängnisstrafen von drei bis sechs Monaten. Die Angeklagten wurden zu je 10000 Lei Geldstrafe verurteilt. Die 17 entlassenen Angeklagten wurden in Rumänien zu je zehn Jahren schweren Kerkers verurteilt. Der Bericht des Prozeß hat den vollen Zusammenbruch der Anklage gebracht. Nicht das geringste Beweismoment konnte dafür erwiesen werden, um so ungeheuerlich ist das Urteil.

Hungerstreik politischer Gefangener

Berlin. Der seit 1 1/2 Jahren im Gefängnis zu Lübbinghauken inhaftierte Genosse Bludau befindet sich seit voriger Woche (Donnerstag) im Hungerstreik. Eine ganze Reihe dort inhaftierter Gefangener haben sich diesem Hungerstreik angeschlossen. Injere Genossen Daus und Bensch sind wegen des preussischen Justizministerium vorzeitig und verlangen, daß sofort ein telegraphischer Bericht an dort angefordert würde. Die Vorstellung der beiden Genossen hatte den Erfolg, daß das Justizministerium die Aufgabe, daß Bludau bis zum 1. Juli die Strafverurteilung in Aussicht gestellt wurde. Daraufhin haben die Gefangenen den Hungerstreik abgebrochen.

Der diptierte Welt beschwert sich

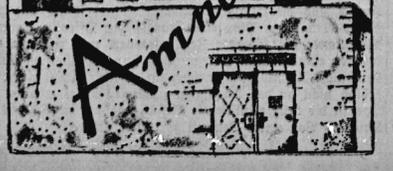
Was deutsch-nationalen Wahlversprechungen bedeuten

Der aus der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion ausgeschiedene Dr. Best veröffentlicht eine Erklärung über sein Verhalten, die interessant ist, weniger weil der Dr. Best keine „Ehrenhaftigkeit“ verleiht, als daß von einem bürgerlichen Wollfänger der Schindel der ganzen bürgerlichen Politik und Wahlversprechungen enthält wird. Der Dr. Best wurde als Vertreter des Sperrbundes auf die Liste gesetzt und glaubte (wenigstens nicht er so), daß er keine Aufwandsforderungen auch durchsetzen könne. Er erlitt damit Schiffbruch und erklärt:

„Die Unterfertigung Dr. Luthers als Reichstagsminister mußte mich um so mehr beizen, als die Partei während der Wahl den Reichstagsminister des Finanzministeriums Dr. Lutzer als des Vaters der Steuererhöhung unbedingte verlangt hatte. Was befremdete es mich in hohem Maße, daß von den leitenden Männern der Fraktion ausgesprochen wurde, daß Wahlversprechungen bedeutungslos seien und jedenfalls hinter höheren Staatsrücksichten zurückzutreten hätten.“

Gelien Entwurf konnte er lange Zeit hindurch nicht einbringen und als er es doch durfte, waren die Deutschnationalen dagegen. Best hielt fest:

„Obwohl mein Entwurf dem Ausguck überwiegen worden war, wurde dessen Beratung im Ausschuss auf Verlangen der



Fraktion zurückgestellt, weil die Regierungsentwürfe binnen wenige Zeit einlegen würden.

Es kann die durchaus ungenügenden Regierungsentwürfe dem Reichstag vorgelegt wurden, letzte ein Verhandeln der Regierungsentwürfe mit der Regierung ein. Dabei blieben die anstehenden Wahlversprechungen unberücksichtigt und die Beschäftigungen mit dem Reichstags wurden von solchen Angeordneten geführt, die an der Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes ein erhebliches Interesse hatten.“

Dieser bürgerliche Politiker stellt einmal hier offen die Demagogie der Deutschnationalen fest. Man soll sich die Eingeständnisse merken, denn auch der Best erst wurde lernte, als er von der deutsch-nationalen Presse angepöbel wurde.

Was geht in Preußen vor?

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat in ihrer Dienstag-Sitzung eine Resolution gefaßt, die „mit aller Deutlichkeit“ festsetzt, daß das Zentrum seit der letzten Abstimmung über die Braun-Regierung ununterbrochen Verhandlungen über die Vorbereitung der Regierung geführt, nach rechts wie nach links mit allem Nachdruck fortgesetzt hat und auch weiterhin mit allen Kräften fortsetzen wird. Die Haltung ihrer Unterabteilung billigt die Fraktion vollkommen und weist die in der Presse erhobenen Vorwürfe gegen die Regierung ausdrücklich zurück. Die Bildung einer preussischen Regierung auf möglichst breiter Grundlage erscheint als eine vaterländische Notwendigkeit, die von allen politischen Parteien Rechnung getragen werden muß.

Der „Vorwärts“ schweigt sich auch heute, wie seit Wochen, über die sozialdemokratisch-zentrumsdeutsch-nationalen Verhandlungen völlig aus.

Politischer Bierabend bei Otto Braun

Hindenburg dabei!

(Eig. Drahtf.) Westfal, 11. Juni.

Beim sozialdemokratischen preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun war gestern im Zusammenhang mit der preussischen Sozialdemokratischen Partei Bierabend, zu welchem Hindenburg selbst, mehrere Lutzer, andere Landes- und Reichsminister und viele Parlamentarier erschienen.

U. teilt dazu noch mit, daß auch eine „große Zahl von Parlamentariern, führende Persönlichkeiten der Wirtschaft und der Gewerbetreibenden“ zum Bierabend erschienen waren.

Ran steht: „Im Hindenburg über Braun bis zu den Großkapitalisten und Gewerbetreibenden haben sie allezeit — politisch aus einem hoch geist. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter jetzt immer noch nicht an den Kampf gegen Hindenburg ihrer Führer glauben, dann ist ihnen nicht zu helfen.“

250 deutsche Offiziere bei den Mikablen

(U.) Paris, 11. Juni.

Die nachfolgende Veröffentlichung der französischen Regierung stellt klar, daß die deutsche Regierung hat im „Luzon“ (Luzon) deutsch-nationalen veröffentlicht veröffentlicht, die in Paris verbreiteten Gerichte erloschen, monach Deutschland wird es Keim unterließe. In dem französischen Außenministerium ist dem deutschen Botschafter darauf eine offizielle Mitteilung aus Marokko unterbreitet worden, daß in der Armee der Mikabente 250 deutsche Offiziere als technische Berater tätig seien. Der deutsche Botschafter erklärte dazu, daß es keine Regierung bekannt sei, daß deutsche Offiziere am Krieg in Marokko mitwirkten, daß die deutsche Regierung aber keine Verantwortung dafür tragen könne, da sie die Teilnahme deutscher Staatsangehöriger am Krieg in Marokko nicht unterstellt habe, im Gegenteil mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu hindern liegt. Für das Vorgehen einzelner Privatpersonen könne sie nicht verantwortlich gemacht werden.

Sowjet-russischer Demonstrationsflug nach China

(U.) Berlin, 10. Juni.

Die „Volksliche Zeitung“ meldet aus Moskau: Heute früh ist ein Aufklärungsflug, bestehend aus sechs Sibirischen mit 20 Personen Besatzung nach der Mongolei undeking abgegangen. Die 7000 Kilometer lange Reise über die Gobi-Wüste hat die große kulturelle, politische und wirtschaftliche Bedeutung des Luftverkehrs mit China und die Wichtigkeit eines solchen Sympathieakt während des erbitterten Kampfes des chinesischen Volkes für seine Befreiung.

Solidarität mit dem revolutionären China!

An die unterdrückten Völker der ganzen Welt!

In Sanghai steht die chinesische Welt mit seinem Blute für die Erlangung der Freiheit ein. Mit seinem Blut will es die Wiederholung der ungleichen Verträge erzwängen.

Der Freiheitskampf in Sanghai ist ein Signal nicht allein für das chinesische Volk, den Kampf gegen die internationalen Imperialisten, sondern auch ein Signal für die Arbeiter vom Ruhrgebiet gegen das französische Imperium, für die deutschen vertriebenen Massen des Damos-Plan, für die Hülfe und das Volk von Anam gegen den französischen Imperialismus, für die Araber, Ägypter und Indes gegen den englischen Imperialismus, für die Koreaner gegen den japanischen Imperialismus, alles in allem, er ist ein Ultimatum an die unterdrückten Völker der ganzen Welt, gegen den internationalen Imperialismus vorzugehen.

Der Sanghaier Kampf ist heilig und von größter Wichtigkeit. Die Soldaten des Imperialismus, wie denen Agenten und Verleumdungen und Soldaten verachten natürlich diesen Kampf, denn nach ihrer Moral dürfen sich die Chinesen nicht gegen ihre Herren empören, dürfen die Soldaten nicht gegen die Herrenländer vorgehen und dürfen sich die unterdrückten Völker nicht von den Großenhänden freimachen.

Darum schließen sie mit Nachsinnengemeinen auf die unterdrückten Sanghaier Arbeiter, Studenten und Bürger und gehen mit Bajonetten gegen die vor.

Der Vorkriegsstand war eine Union der chinesischen Bauern gegen die Imperialisten, die China die ungleichen Verträge aufzugesungen hatten. Die Imperialisten meinen natürlich, daß dies barbarisch und unmöglich und Beräueren von den Chinesen war.

Der diesmalige Sanghaier Kampf ist eine Aktion der Arbeiter, Studenten, Angehörigen der kleinen Kaufleute und Intellektuellen gegen die Imperialisten, die dem chinesischen Volk die ungleichen Verträge aufzugesungen haben.

Künftig ist dies nach ihrer Ansicht wiederum barbarisch, unpöhllich und Betrat der Chinesen. Die Imperialisten sehen die jegliche Bewegung für daselbe an, wie den Vorkriegsstand.

Wir Sanghaier, wir Kolonialvölker, wir unterdrückten Völker kämpfen mit unserem Blute für unsere Freiheit. Unser Blut für die Freiheit einzulegen ist unsere heilige Pflicht! Nur wenn wir so kämpfen, werden wir die Freiheit wiedererlangen.

Unterdrückte Völker der ganzen Welt! Lebt Solidartät mit den Sanghaier Arbeitern, Studenten und Bürgern! Bereinigt Euch zum Kampf gegen den internationalen Imperialismus!

Sektion der Kuo Min Tang in Deutschland

Entwaffnungsnote, Marokko und die „nationale“ deutsche Politik

Ein Wort an diejenigen, die Hindenburg gemäßt haben

Viele Tausende derjenigen, welche bei der Präsidentenwahl ihre Stimme für Hindenburg abgegeben haben, haben das getan, weil sie sich vorgewußt haben, daß unter Hindenburg Deutschland eine „nationale“ Politik machen würde, als unter Ebert.

Die Ereignisse seit der Wahl sollten jedem dieser Wähler die Augen öffnen.

Was ist überhaupt „nationale“ Politik?

Diejenigen, welche ein Interesse daran haben, den Volksmassen die Köpfe zu verkehren, antworten: eine Politik, die Deutschlands Würde wahrt.

Wahr aber kommt die Probe aufs Exempel. Die neue Entwaffnungsnote der Entente läßt sich nicht im geringsten um die „Würde“ Deutschlands. Sie verlangt Klipp und klar Dinge, die mit dieser „Würde“ niemals in Einklang gebracht werden können.

Trotzdem muß die „nationale“ Regierung Luhrer selbstverständlich beschreiben werden, und der Präsident Hindenburg wird zu allem eine Zustimmung geben, was die Entente durchsetzen will.

Oder gibt es einen Menschen mit gesundem Verstand, der anderer Ansicht ist? Schmolzen, papierne Protokolle, „flammende Reden“ — das ist alles billig wie Brombeeren. Aber wenn die Entente rüber es verlangen werden, wird Herr von Graefe ebenso fischen wie Luhrer.

Aber haben nicht die Zeitungen der Rechtsparteien Hunderte von Malen geschrieben, Hindenburg sei für England und Amerika ein sehr angenehmer Präsident? Und trotzdem die demütigende Note?

Aber haben nicht alle „linken“ Politiker Hunderte von Malen geschrieben, wenn Deutschland Erfüllungspolitik treibe, dann würde es gut und anständig behandelt? Und trotzdem Deutschland mit Hindenburg ebenso Erfüllungspolitik macht wie mit Ebert, diese demütigende Note?

Kun, wir Kommunisten haben vorher gesagt: ob mit, ob ohne Hindenburg, das kapitalistische Deutschland kann nur hündische, kriegerische Politik einer unterworfenen Kolonie machen und, mag Chamberlain heute noch so freundlich tun, schon morgen kann er seinen deutschen Stiefelsohnen, den „nationalen“ Außenpolitikern, hochheulen einen Tritz geben.

Es ist richtig, daß Hindenburg ein von den Rektionären in England wie in Amerika gern gefeierter Kandidat war. England will und wird unter Umständen seine Kolonie Deutschland gegen seine imperialistischen Gegner Frankreich auswaschen, und dazu hind ihm die deutschen Nationalisten mit Hindenburg an der Spitze gerade recht genug. Als Kanonentatter für Brianniens Vorteil schlägt jeder englische Imperialist die deutsche Bevölkerung genau wie im Siebenjährigen Kriege, der ein Krieg zum Vorteil Englands und zur Schwächung Frankreichs war und genau wie in den „Freiheitskriegen“ 1812 bis 1815, die England von seinem Lohndiebstahl, dem napoleonischen Frankreich, befreiten.

Aber um der schönen Augen des Herrn Stresemann oder um des mürrigen Alters Hindenburgs willen wird England nichts tun, und ein Mann ist derjenige, der geglaubt hat, die Dawes-Konvention werde an England der sozialistischen Regierung Baldwin-Chamberlain einen leichten Rückfall gegen französische Angriffe haben.

Die neue Entwaffnungsnote ist ein Sieg des französischen Imperialismus, und diesen Sieg, der kein voller Sieg ist, hat Frankreich in Marokko erfochten.

Wir Kommunisten zeichnen uns vor allen anderen Politikern da durch aus, daß wir Politik nicht aus der Großspinnerei machen.

Die Großspinnerei fragen: was hat der Marokko-Krieg mit der Entwaffnungsnote zu tun?

Wir antworten: Indem Frankreich in Marokko die Rifstämme angegriffen, droht es, die 1911 und 1912 abgeschlossenen Konventionen über die Enteiung Marokkos in „Jonen“ umzuwerfen, droht es, an die Mittelmeerseite und die atlantische Küste Marokkos vorzudringen, droht es, die Kontrolle Englands über die für England lebenswichtige Straße von Gibraltar zu gefährden. Und England, das zu einem Kriege mit Frankreich noch nicht bereit ist, ist so gemunnen, sich mit Frankreich zu einigen. Diese Einigung — für kurz oder länger — Zeit, das müssen wir nicht — findet ihren Ausdruck beispielsweise in der Entwaffnungsnote an Deutschland. Auf dem Rücken des deutschen Volkes tragen die großen Räuber ihre Differenzen aus und die „nationale“ Politik der gesamten deutschen Bourgeoisie besteht lediglich darin, den Wäubern kriechend den Stiefel zu leihen und die wertigsten deutschen Volksmassen noch mehr auszuspreizen durch Steuern, Hungerlöhne und -gehälter, Zölle, Mietwucher und gesteigerte Preise, höhere Eisenbahntarife usw.

Eine andere „nationale“ Politik kann die deutsche Bourgeoisie nicht machen. Denn ihr kommt es nur darauf an, unter den Fittichen der großen imperialistischen Räder ihre christlichen oder jüdischen germanischen oder sonstigen Kräfte sicher in den Raststätten zu bringen.

Die Rifstämme, ein kleines Volkchen, machen nationale Politik gegen das riesige Frankreich. 40 Millionen Franzosen gibt es und vielleicht 800 000 Rifstämme. Und diese 800 000 Mann wehren sich heldenhaft gegen Frankreich und Spanien zusammengenommen. Aber sie wissen auch, wofür. Das gibt ihnen die Stärke und das gibt ihnen die Sympathie unter den französischen und spanischen Soldaten und Arbeitern.

Sowjet-Rußland kann nationale Politik machen. Denn dort ist die Nation befreit von den Parasiten und Wuchsern der Bourgeoisie, dort ist eine Nation erst entstanden dadurch, daß die Arbeiter und Bauern das Joch ihrer Unterdrücker abgeworfen haben und sich selber zu Herren des Kleinereigentums mit seinen vielen verbundenen, ist erst freigeworden, verschriebenen Nationalitäten gemäß haben.

Ein Deutschland, das sich im Innern von der Bourgeoisie befreit, ein Deutschland, in dem die Arbeiterklasse, verbunden mit allen ausbeuteten Schichten der Bevölkerung, herrscht, kann nationale Politik machen, gerade weil nur ein solches Deutschland im internationalen Volkstakt aktive Sympathien bei allen Arbeitern und allen unterdrückten Völkern in Europa, Asien und Afrika erhalten wird.

Ein Bürgerliches Deutschland dagegen, befangen von den Kräften des eigenen Landes, besipen von allen Imperialisten, die es lediglich als Objekt, als Kanonentatterlieferanten, als Beute, die man teilen muß, als Land, aus dem man Tribute zieht, betrachtet, gehört von allen Arbeitern des Auslandes, die in ihm das Herz der Reaktion sehen, ein solches Deutschland kann nur kriegerische, feige, lakonische, „internationale“ Politik machen, nämlich Politik für die Internationale des Mammons, Politik für Morgan, die Bank von England, die französischen Büttnerbarone, Politik für die internationalen riesigen Kapitalistenzürne. Politik auf Behal des englischen Hofmeisters, Politik auf Wunsch des französischen Kontanziers, Politik auf den Wunsch des amerikanischen Marine-

Schutz für Arbeitermörder und Schieber im Preussischen Landtag

Berlin, 10. Juni.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Landtagssitzung verlangte Genosse Sobotta, daß als erstes Punkt drei kommunizistische Anträge, die sich auf Verhütung der Grubenunfälle beziehen, behandelt würden. Seit Monaten liegen diese Anträge der Kommunisten dem Ausschuss vor, ohne daß der Ausschuss sich jemals mit ihnen beschäftigt hätte. Die Bergarbeiter empfinden die auch heute wieder gesprochenen Worte des Mittelbaus als eine Verhöhnung. Die Kommunisten verlangen für solchunvollere Worte wirksame Maßnahmen und Abwehr gegen die grauenhafte Ausbeutung und Unterdrückung, der

innerhalb fünf Monaten über 700 Bergproletarier zum Opfer gefallen

sind. Da von der Deutschnationalen Partei der Waffe des Widerspruch, kamen die kommunizistischen Anträge nicht zur Berührung und konnten nicht erledigt werden. Die Sozialdemokratie beauftragte sich Genosse F. Hoffmann-Berlin mit dem jüngsten

Polizeiblutbad in Telfow

Unter dem höchsten Gefährter der Deutschnationalen, die die Rektionären der Polizei und der Schützengilde als vollkommen gerechtigt hinstellen, schließt der kommunizistische Redner, wie der blutdürstigen Polizei es vornehmlich darauf ankam, die Arbeiter niederzuschlagen. Einige Gedanken haben sich unter den Zuhörern

Schlag die roten Hunde nieder! Schiebt hinein in die roten Galanten!

besonders angefeuert. Hoffmann begründet die Dringlichkeit folgenden Antrags der Fraktion der Kommunizistischen Partei:

Am 17. Juni d. J. fand in Telfow eine polizeilich erlaubte Bannerweise des Roten Frontkämpfer-Bundes statt, die durch eine nationalistische Schützengilde durch provokative Handlungen beim Vorbeimarsch am Festplatz der Roten Frontkämpfer gestört wurde. Die Mitglieder des Roten Frontkämpfer-Bundes wurden durch Anlegen der Gewehre unter Verdunklung der aus der Umgebung zusammengezogenen Landjäger bedroht. Ein im Zuge der Schützen befindlicher Radfahrer fuhr obenreiß in die Massen hinein, was die Erregung noch steigerte. Namentlich drehten sich die Landjäger um, stellten sich vor die Barriere des Sportplatzes und schossen über 100 Schüsse ab, auf die zurückweichenden Roten Frontkämpfer. Einer der Landjäger lag in einer Bede verborsten, aus dem Hinterhalt in die fliehende Menge. 20 Personen wurden hinterwärts angeschossen, sieben Schwerverletzte blieben auf der Strecke. Die Landjäger veränderten zunächst den Abrüstungsplan der Verwandten. Der schwer angeschossene Kurt Spolatzki wurde durch Schuld der Polizei erst nach zwei Stunden in ein Krankenhaus eingeliefert. Bis zur Operation verließen abermals vier Stunden, ohne Verleistung eintreten mußte. Der prozessorische Arzt Dr. Günzel verweigerte die Hilfeleistung.

Die Fraktion der Kommunizistischen Partei beantragt: Der Landtag wolle beschließen: 1. Das Staatsministerium

wird beauftragt, den von dem Innenminister Genesing herausgegebenen Erlaß vom 26. Mai 1925 sofort aufzuheben. 2. Der Innenminister Genesing ist als der intellektuelle Urheber dieses neuen Arbeitermordes sofort in den Antifaschistenstand zu versetzen.

3. Die Beamten, die an dem Arbeitermord beteiligt waren, sind sofort zu verhaften und in den Antifaschistenstand zu versetzen.

4. Alle aus diesem Arbeitermord den Beteiligten entstandene Kosten sind auf die Staatskasse zu übernehmen. Ferner ist den Hinterbliebenen eine dauernde Rente in Höhe des vollen Arbeitsverdienstes des Erschlagenen zu gewähren.

Auch dieser Antrag verließ durch den Widerspruch der Deutschnationalen der Ablehnung sofort beraten zu werden. Die Kommunisten nahen die Sachlage und diesen öffentlichen Schutz der Arbeitermörder durch die rechte Seite des Hauses mit förmlichen Rufen-Rufen auf.

Hierauf begründet Genosse Meiß, daß auf die Tagesordnung der Sitzung folgender Antrag gestellt werde:

Der Landtag wolle beschließen:

Zur Bekämpfung der monarchistischen Gefahr und zur Säuberung der Schupo, der Verwaltung, der Justiz und der Schule von monarchistischen Elementen wird ein fünfjähriger Ausschuss eingesetzt.

Auch die Beratungen dieses Gegenstandes scheiterte an dem Widerspruch der Deutschnationalen und Zentrum-Abgeordneten. Gegen die Stimmen der Kommunisten, die durch ihren Redner zum Ausdruck bringen ließen, daß der von der Regierung verlangte Ausschuss ausschließlich im Interesse der bestehenden Klasse unter Verhöhnung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung abgesetzt ist, werden in dem einzelnen Vorschlagsprotokoll verlangten Stimmen bemittelt.

Genosse Reiser gesteht die Tatsache, daß für den Bau eines Kongress- und Konzerthalls in dem Schierbachtal Eigentum der preussische Staat eine Summe von 50 000 M. befristet. Während man die Sozialisten verurteilen läßt, und für die Notlage der verunglückten Bergleute bzw. für ihre Hinterbliebenen keinen Pfennig übrig hat, wirt man die Steuergrößen zur Bequemlichkeit des Mannes und einer Frau aus der ärmlichen Klasse mindestens 16 Dollar pro Monat betragen. Man kann sich demnach von dem Hungerhelfen der chinesischen Arbeiter ein gutes Bild machen. Aber noch schlimmer als die Ausbeutung der Erwachsenen ist die

Verletzung der im Reichsausschuß abgeleiteten Anwerbebedingungen

benutzte Genosse Debus die Zurückverweisung seiner Anträge abermals an den Reichsausschuß, damit dieser seine Stellungnahme revidiere. Durch das Verprechen Hindenburgs, der logar eine Anwerbe für notwendig gehalten hat, sei eine neue Situation geschaffen. Die Kommunisten wollen den Parteien im Reichsausschuß Gelegenheit geben, ihren abgeleiteten Standpunkt gegenüber der Anwerbebedingungen zu machen. Das Haus beschloß gemäß dem Vorschlage der Kommunisten.

Kinderausbeutung in China

Eine der Ursachen der Rebellion der chinesischen Arbeiter

Die nationale Bewegung des unterdrückten chinesischen Volkes lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit erneut auf die Vorgänge in dem großen Reich des fernem Ostens. Nicht ohne Grund stehen bei dem Kampf gegen das imperialistische Abenteuer, das sich in China breit macht, die Arbeiter im Vordergrund und nicht umsonst ist es gerade die Arbeiterbewegung von Schanghai, die im Mittelpunkt der Kämpfe steht, die in dieser Stadt entbrannt sind, um den imperialistischen Wutungen das Handwerk zu legen.

Schanghai ist die große Industrie- und Hafenstadt. Die Textilindustrie, die in Schanghai ihren Sitz hat, wird dort fabrikmäßig betrieben. Es gibt in der Stadt Schanghai 58 Baumwollspinnereien und viele Seidenpapiermüllereien. Die Zahl der Spinneln beträgt etwa 2 Millionen. Von den etwa 500 000 Arbeitern Schanghai sind allein

150 000 in der Textilindustrie beschäftigt, darunter sehr viele Frauen und Kinder.

Der größte Teil der Betriebe gehört Ausländern, Engländern und Japanern, die nicht nur empahene Arbeiter, sondern auch Schulkind er in der erbsämlichsten Weise ausbeuten.

Gegen diese Ausbeutung wandte sich vor allem der Streik, der am 9. Februar in den Textilbetrieben Schanghai ausgedehnt war. Die Arbeitsverhältnisse waren unerträglich geworden. Verträge, die zu organisieren, um den Kampf mit dem Unternehmertum besser führen zu können, führten dazu, daß die Industriellen die Vertretung der Arbeiter in der Fabrik, die sich organisiert hatten, fürzeradg entließen. Zugleich

verhätzte die englische Polizei etwa 40 Streikführer und trug dadurch neue Erbitterung in die Massen. Nichts hindert die Methoden der ausländischen Arbeiter, die die Forderungen der Streikenden, die neuen Löhnerhöhungen und Einführung des Achtstundentages aus der Abschaffung der

Freiheitskisten und anderer Forderungsmaßnahmen in den Fabriken,

sowie das Verbot der Einstellung von Kindern unter 12 Jahren verlangen.

Der Stadtrat von Schanghai hat zur Untersuchung der Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie eine Kommission eingesetzt, deren Bericht dem Arbeiter in Schanghai am 1. Juni vorzulesen wurde und den in der März-Nummer der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ auszugswise veröffentlicht wird. Der Bericht entwirft ein entsetzliches Bild von dem Elend und der unermesslichen Ausbeutung der Arbeiter in China. Der Monatsverdienst eines Arbeiters beträgt bei zwölfstündiger Arbeitszeit 15 Dollar, aber das ist ein Ausnahmefall, ein Spitzenlohn für qualifizierte Facharbeiter. Die große Masse verdient nur 8 Dollar im Monat und darunter.

hier etwa die Hälfte eingebremt werden, daß in China die Lebenshaltungskosten außerst gering seien. Aber das trifft nicht zu. Denn der Arbeiter stellt sich, daß die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten eines Mannes und einer Frau aus der ärmlichen Klasse mindestens 16 Dollar pro Monat betragen. Man kann sich demnach von dem Hungerhelfen der chinesischen Arbeiter ein gutes Bild machen. Aber noch schlimmer als die Ausbeutung der Erwachsenen ist die

Ausbeutung der Kinder vom geringsten Lebensalter an.

Hier entwirft der Bericht Schilderungen, die lebhaft an die Zustände erinnern, die Karl Marx im ersten Bande des „Kapital“ über die Beschäftigung in der englischen Textilindustrie zu Anfang des 19. Jahrhunderts entwarf. In den Fabriken Schanghai werden Kinder beschäftigt, die das sechste Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Die Arbeitszeit der Kinder ist noch länger als die der Erwachsenen. Denn die Kinder müssen 20 Minuten vor Beginn und 20 Minuten nach Beendigung der Arbeit in der Fabrik sein, um den erwachsenen Arbeitern alle vorzubereiten. Mindestens fünf bis sechs Stunden müssen diese Kinder bei der Arbeit stehen, die übrige Zeit können sie bei ihrer Beschäftigung fressen.

Der Verdienst der Kinder beträgt pro Tag etwa 15 bis 20 Cents, im Monat also 15 bis 20 Mark. Es gibt in Schanghai Betriebe, in denen durchgängig die fünfjährige Arbeitszeit aus für Kinder besteht. In den Seidenpapiermüllereien mühen die

Kinder über Sechsen mit tosendem Wasser

arbeiten. Täglich ereignen sich Tausende von Ohnmachtsanfällen, besonders bei heißem Wetter. „Die Kinder bieten“, so heißt es in dem Bericht, „einen beunruhigenden Anblick. Ihr körperlicher Zustand ist höchst und ihre Gestalten zeigen keinerlei Aussehen des Glühs oder des Wohlbehagens. Sie erwecken den Eindruck, daß sie sich körperlich und geistig in einem elenden Zustand befinden.“

Die Gläubigerschilderungen in diesem Bericht könnten vielleicht übertrieben erscheinen. Das ist aber nicht der Fall, denn der Bericht der Untersuchungskommission ist von Delegierten und Vertrauensleuten der Arbeiterklasse zusammengestellt worden, so daß also anzunehmen ist, daß er eher im Interesse der Kapitalisten gefärbt wurde.

Daß die chinesischen Arbeiter kämpfen, sich gegen die ausländischen Räuber zu wehren, ist nicht nur ihr gutes Recht, sondern ihre heilige Pflicht.

Auf der Tagung der Internationalen Arbeiterkonferenz, die gegenwärtig in G. e. n. stattfindet, haben Vertreter Indiens, Australiens und Japans ein Dokument über die Bewegung in Schanghai überreicht. Die Konferenz erwiderte darauf, daß sie sich mit der Angelegenheit nicht befassen könne, da sie nicht auf der Tagesordnung liege.

Sozialdemokratisch-atholizisches Kabinett in Belgien

Brüssel, 10. Juni.

Die neugebildete belgische Regierung stellt eine Koalition zwischen den Katholiken und den Sozialdemokraten dar. Die Ministerposten wurden folgendermaßen verteilt:

Voritz und Wirtschaft: Boussie; Außenwerts: Banderweide (Soz.);

- Innere: Laboulle (Soz.);
- Finanzen: Vanlen (Kath.);
- Kultur: Huisman (Soz.);
- Industrie: Bauwens (Soz.);
- Eisenbahnen: Ansele (Soz.);
- Justiz: Thooßen (Kath.);
- Landwirtschaft: de Biebertete (Kath.);
- Krieg: ein Katholik;
- Kolonien: ein Katholik.

Der Kongress der belgischen Sozialdemokratie hatte sich mit 495 481 gegen 108 325 Stimmen (die Stimmen wurden durch Vertreter repräsentiert) bei 21 882 Enthaltungen für die Teilnahme an der Koalitionsregierung mit der reaktionären Katholischen Partei ausgesprochen. Die Schließungen der Sozialdemokraten waren nicht verbunden, daß sich etwa ein Viertel gegen die Koalition aussprach.

Schuhwaren-Angebot

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends durchgehend geöffnet

zu mäßigen Preisen!

Einen Posten Damen-Halbschuhe 4⁹⁰
in Schnür- u. Zimmform, mit Lacktappe

Damenlackschuhe 10⁹⁰

Einen Posten braune Damen-Halbschuhe 8⁹⁰
in Schnür und Spange

In sonstigen Schuhwaren für Straße, Arbeit und Sport
sehr preiswert!

Schuh-Verkauf Harz 42-44 im Gewerkschaftshaus

Mittel-Rheinische
Schuhwaren - Handels-
Gesellschaft mbH.

Von Donnerstag, den 11. d. Mts.

Sparwoche

Enorm billige Preise bei unseren anerkannt guten Qualitäten
das Geheimnis unserer Sparwoche!

Hausfrauen und Männer,

die wirklich Sparen wollen, werden
unsere Angebote prüfen und kaufen!

Blicken Sie in unsere Fenster!



Kleiderstoffe

- Kleiderdruck das beste Fabrikat in 75
- großer Musterauswahl
- Freizeit 70 cm, rosa kariert für Kinder- 75
- kleider
- Freizeitstoffe 100 cm, kariert, beste Ware 1⁹⁰
- für Kleider und Röcke
- Zephyrleinen glatt und gestreift für 75
- Kleider und Blusen
- Sporthemden 80 cm, für Blusen und 85
- Donegal-Kostümstoffe 130 cm, für 2⁹⁰
- Sportkostüme, Mäntel, Röcke
- Weiss Velle 112 cm, gute Schweizer Ware 1³⁵
- Wash-Musseline beginnend mit . . . 85

Herren-Bekleidungsstoffe

- Arbeits-Hosen, Leder - Pilot und ganz 3⁹⁵
- schwere Zwirnware
- Herren-Anzüge in mittelfarbig u. dunklen 2⁹⁰
- Stoffen 35,00, 30,00
- Posten Jagdleinen-Windjackenstoffe 2⁹⁰
- und andere Sommerstoffe für Hosen,
- Joppen, Anzüge,
- Verkauf in 3 Serien I II III
- 1⁹⁰ 1⁹⁵ 2⁹⁰
- Posten Herrenstoffe für Sommer- 3⁹⁵
- Anzüge, 130 cm breit
- Zwirnstoffe, prima halbbare Ware für Hosen, 2⁹⁰
- Anzüge und Grubenbekleidung, 130 cm breit
- Wash - Anzüge und Joppen für Knaben 2⁹⁰
- Wash - Anzüge und Joppen für Herren 2⁹⁰
- Sommer-Sportbekleidung

Leinen - Baumwollwaren

- Hemdentuch 80 cm. gute, brauchbare 85
- Ware
- Hausstuch 80 cm. kräftige, leinenartige 85
- Ware
- Hausstuch 150 cm. für Bettlicher, 1⁹⁰
- 2 Qualitäten . . . 180 u.
- Hemdenbarchent gestreift, weiche, 88
- gute Ware
- Weiss Cöperbarchent für Hemden 75
- Männer-Barchent-Hemden volle 2⁹⁵
- Größe
- Bade-Mäntel für Damen
- Bade-Mäntel für Herren
- Bade-Laken jede Größe

Ausstener-Wäsche

- Bettbezug mit 2 Kissen kariert und 8⁷⁵
- geblümt, 2 Sorten . . . 9,75 u.
- Bettbezug mit 2 Kissen weiß Linon 9⁷⁵
- Bettbezug mit 2 Kissen weiß Stangen- 14⁵⁰
- leinen und Damast
- Tischtuch weiß Damast, 130x130 cm, 3⁷⁵
- vorzüglich
- Tischtuch Ia. Halbleinen, 130x160 cm, 5⁷⁵
- hervorragend
- Handtuch grau und weiß, mit Kante 50
- 100 cm, ges. u. geb.
- Damast-Handtuch 50x100 cm, vor- 1³⁵
- züglich Ware
- Wischetuch weiß mit rot kariert . . . 2⁹⁵
- Wischetuch pa. Halbleinen, weiß und rot 50
- kariert

Fertige Wäsche

- Damen-Hemden mit Träger, mit 1⁹⁵
- Stückereigarnitur, volle Weite
- Damen-Hemden mit Träger, feinfädiger 2⁹⁵
- Wäschestoff mit breiter Stickerei
- Damen-Hemden achsel-schlaf, . . . 2⁹⁵
- in Hemdentuch
- Damen-Hemden Ia Makotuch mit 3⁴⁵
- breiter Hohlbaumstickerei
- Damen-Beinkleider feines Hemden- 1⁹⁵
- tuch mit breiter Stickerei
- Damen-Beinkleider gutes Hemden- 2⁴⁰
- tuch mit breiter Stickerei
- Jumper - Untertaille mit breiter 1⁶⁵
- Stickerei
- Jumper - Untertaille Ia Stoff mit 3⁹⁰
- breiter Stickerei und Einsatz
- Prinzess-Rock feines Hemdentuch mit 2⁵⁵
- breitem Stickerei-Volant u. Stickereiträger

Trikotagen — Strümpfe

- Herren-Normalhemden wollgem. 1⁹⁵
- Herren-Normalhemden gut woll- 2⁹⁰
- gemischt, mit doppelter Brust
- Herren-Einasthemden Trikot mit 2⁹⁰
- schönen Einsätzen
- Herren-Einasthemden feinste Ein- 3⁹⁰
- sätze, Ersatz für Oberhemden
- Herren-Seeken Doppelsehle u. Hoch- 80
- ferse, feinfädig, reiches Farbensortiment
- Herren-Seeken Seidenflor, Doppel- 1⁹⁰
- sohle und Hochferse, alle feine Sorten
- Damen-Strümpfe Mako - Finisch, 1¹⁵
- Doppelsehle u. Hochferse, schw., farbig
- Damen-Strümpfe Ia Seidenflor mit 1⁹⁰
- doppelter Sohle und Hochferse
- Damen-Strümpfe Seidenflor, hervor- 2⁹⁰
- ragende Qualität, schw., leder, grau, beige

Damen-Mäntel : Kostüme : Röcke : Blusen : Kleider : Hüte

sind während der Dauer der Sparwoche im Preise herabgesetzt. — Besichtigen Sie Preisfenster.

Ausser den obigen Preisartikeln sind in allen Abteilungen noch viele andere Waren im Preise ermässigt:

Zur Erleichterung
des Einkaufes legen wir
bei Anzahlung Waren
bis zum 1. Juli zurück!

A. Goldstein - Eisleben

Der Konsumverein dient nur dem Interesse der Verbraucher